

Der schwierige Weg zu den Archiven

Zum Umgang mit den DDR-Quellen in der zeitgeschichtlichen Forschung in Polen

Tomasz Mianowicz

Es gibt sehr viele falsche Dokumente. Deswegen verzichten wir in Polen weitgehend auf Nachforschungen, wie sie jetzt in Deutschland betrieben werden [...].

Wie aber kann es zu einer moralischen Erneuerung kommen?

Nicht, indem man diese Akten studiert. Dieser Weg ist falsch, es ist ein polizeilicher Weg.

Aus einem Interview mit dem polnischen Schriftsteller Andrzej Szczypiorski (Süddeutsche Zeitung, 17.2.1992)

Relativ selten bemerken ausländische Beobachter ein interessantes Paradox, das die jüngste Geschichte Polens prägt: Einerseits wurde der polnische „runde Tisch“ zu einem Vorbild für die politische Transformation der anderen Staaten des sowjetischen Blocks. Auf der anderen Seite aber hinkt Polen nach 1989, was die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur anbelangt, den anderen Ländern hinterher. Die Frage der Öffnung der Archive ist für diese scheinbar unlogische Entwicklung exemplarisch: Erst im Jahre 2000, nach langen politischen und medialen Auseinandersetzungen, nahm das „Institut des Nationalen Gedenkens“ (polnische Abkürzung IPN) seine Arbeit auf, eine Institution, die die Akten der kommunistischen Geheimdienste aus der Zeit bis 1989 verwalten und den Interessierten auch zugänglich machen soll. Indes hat bislang keines der Opfer „seine“ Akte einsehen können - die technischen Vorbereitungen seien noch nicht abgeschlossen. Und auch Historiker hatten bis jetzt von der neuen Einrichtung kaum Nutzen.

Während der Debatte über den Zugang zu den Dokumenten der Geheimdienste war (verständlicherweise der deutsche Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen der Bezugspunkt sowohl für die Befürworter, wie auch für die Gegner der Öffnung der Archive. Selbst die in der polnischen Presse benutzte Ikonographie wurde der jeweiligen Haltung angepaßt: Schon der Auswahl der die Publikationen begleitenden Bilder von Joachim Gauck konnte man entnehmen, ob die Redaktion für oder gegen die Freigabe der geheimen Dokumente war.

Mit der Gründung des IPN scheint die Diskussion vorerst beendet zu sein, was allerdings nichts daran ändert, daß viele Vorbehalte und Mißverständnisse, die in den 90er Jahren entstanden waren, bis jetzt nicht ausgeräumt wurden. Zu diesem Zustand hat erheblich die mediale Berichterstattung beigetragen, wobei unzureichende Kenntnisse bei vielen Journalisten, gepaart mit starker Politisierung und Emotionalisierung der Debatte dazu führten, daß die Öffentlichkeit nicht allzuoft sachliche Informationen über den Stellenwert der archivalischen Quellen aus der jüngsten Vergangenheit bekam. Der polnische „Aktienstreit“ wäre ein Thema für sich. Allerdings fehlt in Polen bis heute eine mit dem Band

„Aktenlage“¹ vergleichbare Publikation. Hier sollen nur zwei Beispiele genannt werden, die die Behandlung des kontroversen Sujets sowohl in der zeithistorischen Forschung wie auch in den Medien charakterisieren können.

1993 wurde auf Initiative einiger Mitglieder der Enquete-Kommission des Bundestages der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ die von Monika Tantzsch verfasste Ausarbeitung zu Polen 1980/81, samt beigezogenen Dokumenten aus den Beständen der Gauck-Behörde², zur Verfügung gestellt. Die Folgen des Geschenks waren alles andere, als das, was man hätte erwarten können. Die Abhandlung wurde - mit etlichen Fehlern - ins Polnische übersetzt und ohne jede Einführung oder Erläuterung in Umlauf gebracht³. In einem der Berichte tauchte auch der Name Ewa Milewicz auf. Die Tatsache, daß es sich dabei um ein Stasi-Dokument handelte, führte zu einer Entrüstung nach dem Motto: Milewicz, früher Mitglied des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) und jahrelang aktive Dissidentin, soll jetzt durch Geheimakten als Stasi-Agentin denunziert werden! Daß nicht jeder, den die Stasi zu kontaktieren versuchte, automatisch ein IM sein mußte, wurde wohl nicht einmal angedacht. Die Gegner der Öffnung der Archive sahen im „Fall Milewicz“ ein gefundenes Fressen. Ehemalige Dissidenten gaben Ehreerklärungen für Milewicz ab und schrieben Protestbriefe, selbst Rechtsanwälte wurden eingeschaltet. Dabei stand der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen als Namensgeber der deutschen Behörde nicht gerade in gutem Licht da. Interessanterweise gab sich niemand in Polen die Mühe, die Sache zu untersuchen und - was doch nahegelegen hätte - weitere Dokumente zu analysieren, aus denen hervorging, daß Milewicz von der Stasi als Gegner betrachtet wurde.⁴

Auch der zweite Fall, der anlässlich des Geschenks der Enquete-Kommission in Polen konstruiert wurde, war geeignet, um die Forderung nach Geheimhaltung der Akten zu untermauern. In der Arbeit Tantzschers war auch der Name Stanisław Ciosek zu finden, der in den 80er Jahren enger Mitarbeiter von General Jaruzelski war und zu den einflußreichsten PVAP-Politikern gehörte (er war u.a. 1981 als Minister für die Kontakte mit der Gewerkschaft „Solidarność“ zuständig). Diesmal versuchten politische Gegner Cioseks zu punkten. „Was hat Ciosek der Stasi gegeben?“ - titelte eine Tageszeitung⁵. Die Tatsache, daß sich die Ausarbeitung von Tantzsch mit dem MfS befaßte und auf Berichte über Gespräche mit Ciosek Bezug nahm, wurde als ein starkes Indiz dafür gewertet, der Minister sei ein „Stasi-Agent“ gewesen. Der Staatsanwalt leitete Ermittlungen ein. In Wirklichkeit handelte es sich um Berichte über Treffen Cioseks mit den SED-Genossen, und die einschlägigen Akten stammten entweder aus dem Zentralen Parteiarchiv bzw. waren in Abschriften oder Kopien u.a. der Zentralen Auswertungs- und

¹ Henke, K.-D. / Engelmann, R. (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. 2. Aufl., Berlin 1995.

² Inzwischen veröffentlicht in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/3, Baden-Baden 1995, S. 2601-2760

³ Eingehend dazu: Mianowicz, T: Co można znaleźć w archiwach Stasi? in: Zeszyty Historyczne Bd. 112. Paris 1995, S. 3-17.

⁴ Selbst aus den der Expertise von Tantzsch beigefügten Dokumenten, die die Tätigkeit der „Operativgruppe“ (OG) des MfS „Warschau“ betreffen, ergibt sich beim genaueren Hinschauen, daß Milewicz eine „Betroffene“ i.S. des StUG war; Vgl. op. cit. Fn. 2., S. 2662-2667.

⁵ Życie Warszawy, 17.5.1994.

schriften oder Kopien u.a. der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS zugeleitet worden, was ein ganz gewöhnlicher Vorgang war.

Nach einem Bericht der Wochenzeitung „Przeegląd Tygodniowy“ vom 24.7.1996 besorgten 1994 Offiziere der polnischen Gegenspionage in einer Geheimaktion rund 20 Kilogramm Fotokopien aus den Beständen des BStU. Die Operation soll auf Geheiß des damaligen polnischen Staatspräsidenten Lech Wałęsa durchgeführt worden sein, der von der Gauck-Behörde Dokumente erhalten wollte, die seine politischen Gegner belasten könnten. Weil die Leitung der Behörde - dem Bericht zufolge - diesem Wunsch nicht entsprach, wurden operative Maßnahmen in die Wege geleitet. Der BStU äußerte sich zu der Publikation nicht. Es ist daher nicht auszuschließen, daß der Bericht die schon ohnehin verbreitete Auffassung verstärkte, die Öffnung der Archive liefere in erster Linie Argumente für parteipolitische Auseinandersetzungen.

Interessant ist in diesem Kontext, daß polnische Historiker, obwohl sie häufig den unzureichenden Zugang zu den Archivquellen in Polen beklagen, relativ geringes Interesse für die Nutzung der Dokumente aus den DDR-Beständen an den Tag legen. Einige Stimmen aus der letzten Zeit zeigen, daß der Stellenwert der Überlieferungen aus der DDR-Zeit ambivalent eingeschätzt wird, was möglicherweise einer der Gründe für die Zurückhaltung bezüglich der Nutzung dieser Quellen sein könnte.

Professor Jerzy Holzer aus Warschau, der jetzige Direktor des Instituts für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften, befaßte sich vor kurzem ⁶ mit einem Telegramm, das der DDR-Botschafter in Warschau, Horst Neubauer, am 1.12.1981, kurz vor der Einführung des Kriegsrechts, an die SED-Führung schickte ⁷. Neubauer informierte über ein Gespräch mit dem für Gewerkschaftsfragen zuständigen Minister Ciosek, der wiederum über sein Treffen mit dem führenden Berater der „Solidarność“, Bronisław Geremek, berichtet hatte. Interessant an dem Dokument ist u.a. die Passage, die Äußerungen Geremeks während des Treffens mit Ciosek betrifft. Der Berater Lech Wałęsas sah die Konfrontation zwischen der Staatsmacht und der „Solidarność“, wohl gemerkt nicht ohne Grund, als unvermeidbar an und soll geäußert haben, staatliche Organe müßten die radikalen Kräfte innerhalb der Gewerkschaft eliminieren und erst dann, unter Mitwirkung der Gemäßigteren, wie Wałęsa, könnte die Reform des Systems fortgesetzt werden. Holzer bezeichnet das Dokument als „ganz neu“, was allerdings nicht zutrifft: Bereits 1995 präsentierte Michael Kubina das Telegramm von Neubauer während einer Tagung in Warschau.⁸ In den Folgejahren wurde das Dokument auch in polnischer Übersetzung veröffentlicht, erweckte aber seltsamerweise kaum Aufmerksamkeit, was einen Historiker der jüngeren Generation zu der Anmerkung veranlaßte, jede Diskussion über den Inhalt des Telegramms werde tunlichst vermieden ⁹. Vor diesem Hintergrund ist die vor kurzem veröffentlichte Meinung Holzers über das Dokument von besonderem Interesse.

⁶ Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 1/2000. S. 319-327.

⁷ Veröffentlicht in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/1999, S. 315-321.

⁸ New Evidence from the SED Archives on the Polish Crisis in 1980-81. Introductory statement held at the V World Congress for Central and East European Studies. Warsaw 6-11 August 1995.

⁹ Sawicki, W.: Sowiecka interwencja w Polsce w grudniu 1981? Nieznany dokument z archiwów byłej NRD. in: Studia i Materiały z Dziejów Opozycji i Oporu Społecznego, Bd. II. Wrocław 1999, S. 144, Fn. 7.

Professor Holzer hält die im Telegramm vom 1.12.1981 wiedergegebenen Äußerungen Geremeks für völlig unglaubwürdig, wobei sich seine negative Bewertung der Quelle hauptsächlich darauf stützt, daß der letzte polnische Parteichef, Mieczysław F. Rakowski, der in einem Buch auch über Cioseks Bericht über das Gespräch mit Geremek schrieb¹⁰, die von Neubauer angeführten Passagen nicht erwähnt. Es handelt sich hier um ein Buch, das Rakowski, als einer der geistigen Väter der 1986 in Polen beginnenden und 1989 zum „runden Tisch“ führenden „Wende“, gerade am Anfang dieser Phase, nämlich 1987, veröffentlichte und dabei - was bei der Lektüre kaum zu übersehen ist - in Form von Erinnerungen ganz konkrete politische Ziele verfolgte. Rakowski bezieht sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf denselben Bericht Cioseks über dessen Gespräch mit „einem Berater der „Solidarność““. Dieser Berater wird aber im Buch nicht identifiziert. Diese Auslassung spricht eher dafür, daß eben Rakowski in seinen Erinnerungen nicht alles schreibt. Das „Negativkriterium“ bei der Holzerschen Quellenanalyse überzeugt daher wenig: Gewisse Inhalte in Neubauers Telegramm, das im Jahr 1981 ja nur für die SED-Führung bestimmt war, sollen nach Holzer deshalb nicht stimmen, weil ein aktiver Politiker in seinen 1987 veröffentlichten Erinnerungen darüber nicht schreibt. Offenkundig bewertet der polnische Historiker die Glaubwürdigkeit von Rakowski genau so hoch, wie seinerzeit Egon Bahr. Rakowski, damals stellvertretender Ministerpräsident, kam kurz nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen in die Bundesrepublik. Nach der Visite meinte Bahr zur Frage des Kriegsrechts:

„Wenn unser Freund Rakowski, dem wir vertrauen, uns sagte, daß es keinen anderen Ausweg gegeben hatte, hatten wir keinen Grund, ihm nicht zu glauben.“¹¹

Der SPD-Politiker baute seine Überzeugung aber wenigstens auf tatsächliche Äußerungen Rakowskis auf, und nicht auf dessen Schweigen, das als historische Quelle doch recht fragwürdig erscheint. Möglicherweise spielen bei Holzer eigene politische Präferenzen eine Rolle. Dafür spräche zum Beispiel, daß er die Erinnerungen und Zeugnisse von Mitgliedern der „Solidarność“, die über Kontakte zwischen den Beratern der Gewerkschaft und der Parteiführung in der Phase vor dem Kriegsrecht berichten, schlichtweg als unglaubwürdig einstuft: Diejenigen, die darüber schreiben, seien - in Holzers Augen wohl allesamt - „Berauschte“ und daher nicht ernst zu nehmen. Bei Ciosek greift Holzer sogar zur Psychoanalyse, um dessen Stellungnahme zum Telegramm von Neubauer zu interpretieren: In Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Dokuments in Deutschland erklärte der Minister, er könne sich nicht entsinnen, ein solches Gespräch mit dem DDR-Botschafter geführt zu haben¹². Holzer meint nun, Ciosek habe „die Sache“ aus der Erinnerung verdrängt. Das mag sein. Genauso ist denkbar, daß sich auch bei Historikern bestimmte unbewußte Prozesse bemerkbar machen. Merkwürdigerweise fragt niemand nach der direkten Quelle, nämlich Cioseks Bericht.

Die Gespräche zwischen Ciosek und Geremek kurz vor der Verhängung des Kriegsrechts (es steht außer Frage, daß es Kontakte der „Solidarność“-Berater mit der Regierung, auch ohne Wissen der Gewerkschafts-Führung, gab), haben eine Bedeutung, die über das Jahr

¹⁰ Czasy nadziei i rozczarowań. Teil 2, Warszawa 1987, S. 345-347.

¹¹ Zit. nach: Rakowski, M. F.: Jak to się stało. Warszawa 1991, S. 60. Vgl. auch „Der Spiegel“ 16.-22.10.1995, S. 208.

¹² Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/1999, S. 383-385.

1981 hinausreicht. Im Juli 1989 hat Stanisław Ciosek von Bronisław Geremek (inzwischen Vorsitzender der Fraktion des Bürgerkomitees der „Solidarność“ in Sejm) die Zusage erhalten, daß bei der Wahl des Staatspräsidenten General Jaruzelski durchkommen werde¹³. Diese Wahl war für die PVAP die allerletzte Hoffnung: Nach den verlorenen Parlamentswahlen im Juni und nach der Wende in der Haltung der Blockparteien, die in die Zusammenarbeit mit „Solidarność“ übergang, wurde die Übernahme des mit breiten Befugnissen ausgestatteten Amtes des Staatspräsidenten für die PVAP zur absoluten Priorität.¹⁴ Der ursprüngliche Plan, mit dessen Umsetzung die PVAP 1987 begonnen hatte, sah noch vor, die „konstruktive Opposition“ in das politische System zu kooptieren und die gesellschaftliche Basis ihrer Macht auf diese Weise zu erweitern. Allerdings wollte die PVAP mit Hilfe der Blockparteien die Kontrolle behalten und unter dieser Prämisse weitere politische Reformen durchführen. Eine andere Bedingung, die damals erfüllt wurde, war die Eliminierung der radikalen Opposition aus dem politischen Spiel. Seit Juni 1989 war erkennbar, daß der Plan so nicht aufgehen würde. Der Partei gelang es zwar, die Opposition zu spalten, trotzdem war - nach der Sejm-Wahl und dem „Verrat“ der Blockparteien - die Kontrolle des Parlaments nicht mehr gesichert. Die letzte Möglichkeit, die Geschicke des Landes entscheidend mitgestalten zu können, war das Amt des Staatsoberhauptes, sowie die Besetzung des Innen- und Verteidigungsministeriums durch die PVAP, was die Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber, der Generale Kiszczak und Siwicki, bedeutete. Die Anwendung von Gewalt, analog zu Dezember 1981, kam wohl nicht mehr in Betracht, obschon auch entsprechende Vorbereitungen getroffen worden waren¹⁵.

Interessant ist dabei, daß die Konzeption des Umbaus des politischen Systems, so wie sie Ende der 80er Jahre umgesetzt werden sollte, bereits Anfang des Jahrzehnts existiert hatte. Die radikale Haltung der „Solidarność“, vor allem von deren Arbeiterströmung, machte es aber unmöglich, kontrollierbare Reformen am System durchzuführen, wie auch die Versuche der Partei, die Gewerkschaft zu spalten, damals scheiterten. Ende der 80er Jahre betonten die PVAP-Vertreter, daß es - anders als noch 1981 - der Partei gelungen sei, die Opposition zu spalten und die Radikalen zu marginalisieren¹⁶. Ein weiterer Unterschied zur Situation 1981 bestand darin, daß sich die sowjetische Politik inzwischen entscheidend geändert hatte: Anfang der 80er Jahre war Polen aus Sicht Moskaus eine tödliche Gefahr für den Sozialismus. In der „Endphase“ betrachtete die KPdSU Polen als ein Experimentierfeld für die neue sowjetische Doktrin¹⁷.

Historische Analysen, die die 80er Jahre in Polen in ihrer Vielschichtigkeit auszulegen versuchen, fehlen bislang, wobei dieser Zustand mit dem unzureichenden Zugang zu den

¹³ Vgl. Wędziła opatrności. Ze Stanisławem Cioskiem rozmawia Dariusz Wilczak, in: Rzeczpospolita 14.-15.12.1996.

¹⁴ So z.B. Niederschrift des Gesprächs zwischen Genossen Egon Krenz und Genossen Wojciech Jaruzelski [2.11.1989], SAPMO-BArch, DY 30: J IV 2 / 2A / 3253.

¹⁵ Dazu eingehend mit Quellen- und Literaturangaben Mianowicz T.: 1981-1989: Stan wojenny i „okrągły stół“ jako elementy taktyczne polityki władz PRL w latach 80-tych, in: Studia i Materiały z Dziejów Opozycji i Oporu Społecznego, Bd. III, Wrocław 2000, S. 118-135 (Korrigenda in: Studia i Materiały..., Bd. IV, Wrocław 2000, S.158).

¹⁶ So z.B. Niederschrift über das Gespräch des Genossen Erich Honecker [...] mit Genossen Wojciech Jaruzelski [...] am 22. Mai 1989, veröffentlicht in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 2/1999, S. 322-332.

¹⁷ Vgl. dazu Mianowicz, T.: op. cit. Fn. 15.

archivalischen Quellen erklärt wird¹⁸. Um so mehr wundert das relativ geringe Interesse an den Beständen in den DDR-Archiven.

In diesem Kontext erweckt das Buch von Zenobiusz Kozik „Niemcy w NRD a polskie kryzysy 1956 i 1980-1981“¹⁹ Interesse. Obwohl das Thema der Veröffentlichung die Reaktionen in der DDR auf die Systemkrisen in Polen ist, handelt es sich um die wohl erste Arbeit auf Polnisch, die sich hauptsächlich auf Dokumente der SED und des MfS stützt. Festzuhalten ist auch, daß - wie der Autor betont - die thematische Anregung von Professor Jerzy Holzer kam, der also anscheinend den DDR-Archiven doch eine entsprechende Bedeutung beimißt.

Allerdings erfährt der Leser aus Koziks Buch relativ wenig. Einer der Gründe liegt wohl darin, daß der Verfasser das Thema losgelöst von der SED-Politik gegenüber Polen behandelt. Angesichts der Natur des politischen Systems der DDR ist es schon von der Methode her problematisch, die Gesellschaft als eine unabhängige Struktur aufzufassen. Gerade die Reaktionen auf Krisen in einem sozialistischen Nachbarland waren durch die Propaganda und die Informationspolitik der SED beeinflusst. Zudem kann angesichts der Kontrolldichte seitens des MfS kaum davon ausgegangen werden, daß es sich bei den in den MfS- bzw. SED-Dokumenten wiedergegebenen Meinungen von Bürgern tatsächlich um spontane Äußerungen handelt. Interessant sind Hinweise auf die 1956 in der DDR erweckten Hoffnungen auf eine Änderung der Oder-Neisse-Grenze, wobei sich Koziks Leistung hierbei auf die Wiedergabe des Inhalts einiger MfS-Dokumente beschränkt.

Dagegen bewertet der Autor in eigener Verantwortung die Fälle Harich und Janka (der letztere heißt unter Koziks Feder „Janke“). Das Ergebnis entspricht allerdings dem Bild, das von der SED und vom MfS in den 50er Jahren konstruiert wurde. Janka wird vom Kozik als „der zweitwichtigste (nach Harich) Parteioptionelle und Reformier“ dargestellt, wobei als Grundlage für diese Bewertung die während der strafrechtlichen Ermittlungen von Harich und Janka gemachten Aussagen dienen. Der Autor kennt die Äußerungen der beiden Protagonisten aus den 90er Jahren offenbar nicht, so daß seine Quellendeutung schon aus diesem Grunde wenig fundiert erscheint.

Nicht besser ist es in dem Buch um die Periode 1980-81 bestellt. Auch hier fehlt es an jeder Darstellung der SED-Politik gegenüber Polen, obwohl gerade zu diesem Thema bereits 1995 eine umfangreiche Quellenauswahl erschienen ist²⁰. In den Zitaten aus den MfS-Dokumenten schreibt Kozik das Wort „Konterrevolution“ stets in Anführungszeichen, was den Anschein erweckt, die Staatssicherheit hätte die Bedrohung des Sozialismus nicht sonderlich ernst genommen. Wie die oppositionellen und unabhängigen Gruppen in der DDR auf „Solidarność“ in Polen reagiert haben, erfahren wir aus dem Buch ebenfalls nicht. Erwähnt wird lediglich Rainer Eppelmann, der allerdings von Kozik in „Reiner Eppelman“ umgetauft wurde. Bedenklich stimmt die ohne jeglichen Beleg aufgestellte Be-

¹⁸ Vgl. statt aller: Dudek, A.: *Pierwsze lata III Rzeczypospolitej 1989-1995*. Kraków 1997, S. 7.

¹⁹ Übersetzt: *Die Deutschen in der DDR und die polnischen Krisen 1956 und 1980-1981*. Piotrków Trybunalski 1998.

²⁰ Kubina, M. / Wilke, M. (Hrsg.): »Hart und kompromißlos durchgreifen«. *Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung*. Berlin 1995.

hauptung des Autors, die DDR-Opposition hätte in der Gesellschaft keinen Einfluß gehabt.

Zu erwähnen ist in diesem Kontext Koziks eigene Biographie. Er begann seine Karriere in der Wissenschaft 1969, als infolge der von der PVAP entfachten antisemitischen Kampagne viele Hochschullehrer emigrierten und die vakanten Stellen von jungen, ideologisch und national zuverlässigen Parteimitgliedern übernommen wurden. Weil am Anfang des „Kampfes gegen Zionisten“ die Studentenunruhen vom März 1968 in Polen standen, kam sogar die Bezeichnung „Post-März-Dozenten“ für jene auf, die die frei gewordenen Posten besetzten. Zenobiusz Kozik gehörte zu dieser Formation. Später hatte er eine leitende Position am Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der PVAP.²¹

Das Buch von Kozik wird also mit Sicherheit die in Polen lückenhaften Kenntnisse der DDR-Geschichte nicht verbessern. Über Jahrzehnte hinweg empfand man in breiten Schichten der Bevölkerung Polens gegenüber den Deutschen aus der DDR eher Abneigung, und die offiziell propagierte sozialistische Völkerfreundschaft konnte daran naturgemäß wenig ändern. Auch die Intellektuellen orientierten sich, wenn sie sich mit dem deutschsprachigen Raum befaßten, aus verständlichen Gründen an der Bundesrepublik. Es gab allerdings andere Stimmen. Der eingangs zitierte Andrzej Szczypiorski schrieb 1968:

„Heute gibt es in der BRD keinen Platz für die Ideale von Thomas Mann. Es entstehen dagegen von Tag zu Tage günstigere Bedingungen für eine endgültige Rückkehr Manns in die Deutsche Demokratische Republik. Denn dort, bei allen bitteren Mißerfolgen oder sogar Enttäuschungen von heute, ist die bessere Zukunft Deutschlands, und all das, was gut ist in der deutschen Tradition, bürgert sich in diesem Staat ein, der auf neuen sozialen, politischen und ökonomischen Grundlagen aufgebaut wird.“²²

Es ist schon ein Paradox, daß die Öffnung der Stasi-Archive, die Szczypiorski so mißfiel, auf die Entschlossenheit der DDR-Bürger zurückzuführen ist, und nicht auf den guten Willen der westlichen Politiker. Das weiß aber in Polen kaum jemand.

²¹ Angaben nach: Adamus, W. S.: [Brief an die Redaktion], in: Kultura 3/2000, S. 166-167.

²² Niedziela, godzina 21.10. Warszawa 1968, S. 191.